

Ressort: Politik

Bericht: Berlin lehnt finanzielle Unterstützung einer Bankenfusion ab

Berlin, 17.03.2019, 18:47 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will offenbar eine mögliche Fusion von Deutscher Bank und Commerzbank finanziell nicht unterstützen. An einer im Fusionsfall notwendigen Kapitalerhöhung werde sich der Bund nicht beteiligen, schreibt das "Handelsblatt" (Montagsausgabe) unter Berufung auf Regierungskreise.

Zum einen habe sich die Haushaltslage zuletzt verschlechtert. Vor allem aber sei es politisch nicht vermittelbar, erneut mehrere Milliarden Euro Steuergeld in eine Bank zu stecken, so das Blatt. Eine Sprecher des Bundesfinanzministeriums wollte sich auf Anfrage nicht zu den Informationen äußern. Die beiden Geldhäuser hatten am Sonntag bekanntgegeben, dass sie einen möglichen Zusammenschluss sondieren wollen. Analysten gehen davon aus, dass für eine derartige Fusion bis zu 15 Milliarden Euro an frischem Kapital notwendig wären.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-121778/bericht-berlin-lehnt-finanzielle-unterstuetzung-einer-bankenfusion-ab.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619